

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 16/001/2014

Ausschuss für Informationstechnologie am 17.03.2014

Zu Punkt 4: Übersicht über offene Beschlüsse und Prüfungsaufträge aus dem Jahr 2013
--

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich bei Herrn Richter, ob der Zeitplan bis Ende 2014 für die Verabschiedung einer Landesregelung nach dem Beschluss des E-Government-Gesetzes des Bundes realistisch sei.

Herr Richter macht den Druck, der diesbezüglich auf der Landesregierung lastet, deutlich. Problematisch könnte die Kostenfrage sein, die sich aus möglichen Vorgaben des Landes ergebe. Wenn die Konnexitätsfrage geklärt wäre, könnte der bestehende Gesetzentwurf bereits in zweiter Lesung verabschiedet werden.

Der Prozess zur Erstellung des Masterplans sei von dieser Entwicklung allerdings nicht abhängig.

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Informationstechnologie aus dem Jahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.